

## Beschluss SPD-Parteivorstand vom 02.06.2025

# Veränderung beginnt mit uns.

## 1. Verortung

Die Bundestagswahl 2025 war ein historischer Einschnitt. Mit nur 16,4 % der Stimmen hat die SPD ihr schlechtestes Wahlergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Diese schmerzhafteste Niederlage ist nicht allein das Ergebnis kurzfristiger Versäumnisse unseres Wahlkampfes oder der Konflikte innerhalb einer Regierungskoalition, sondern Ausdruck eines seit langem wirkenden Trends: Die SPD hat substantiell Vertrauen verloren – inhaltlich, organisatorisch und kommunikativ. Die Sozialdemokratie wird von zu wenigen Menschen in unserem Land als politische Kraft mit Zukunftsversprechen wahrgenommen, die Sicherheit im Wandel bietet.

Der Vertrauensverlust ist tief und betrifft die Partei insgesamt. Die Ursachen reichen von fehlender strategischer Klarheit bis hin zu mangelnder Präsenz in den Lebenswelten vieler Menschen. Gerade Arbeitnehmende, junge Menschen und von sozialer Verunsicherung betroffene Gruppen haben sich spürbar von uns abgewandt.

Progressive Politik, die auf gleichen Respekt für alle Menschen und auf die gerechte Verteilung von Chancen, Einkommen und Vermögen abzielt, traf in allen Zeiten und trifft auch heute auf den erbitterten Widerstand organisierter Kapitalinteressen – nicht nur in Deutschland, sondern international. Dabei sind alte fossile und neue digitale Akteure besser vernetzt als jemals zuvor. Ihre Versuche progressive Errungenschaften zurückzudrängen und politische Deutungshoheit zu gewinnen, sind in den vergangenen Jahren ausgefeilter und wirksamer geworden. Sie wehren sich gegen Regulierung, Kontrolle und Besteuerung. Sie nutzen die fundamentalen Umbrüche in einer sich verändernden Welt, um gesellschaftliche Abstiegsängste gezielt zu adressieren und als politisches Kapital für sich und ihre Interessen zu nutzen. Sie bekämpfen eine humane Migrationspolitik, eine gerechte globale Steuerpolitik, eine solidarische internationale Politik, sie wehren sich gegen Klimaschutz und gegen einen handlungsfähigen und aktiven Sozialstaat. Sie diskreditieren progressive Politiker\*innen und nehmen zumindest billigend in Kauf, dass antidemokratische Kräfte an Zustimmung gewinnen.

Die Gründe für unsere Wahlniederlage sind vielfältig: Es ist ein ganzes Bündel aus strukturellen langfristigen Entwicklungen in Wähler\*innenschaft, Parteiensystem und zugleich enttäuschte Erwartungen an die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der abgewählten Bundesregierung, welche weder kommunikativ noch politisch den Puls der Zeit getroffen hat. Und auch wenn uns akute externe Faktoren, wie die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen nach der

Coronapandemie, die Folgen des Ukrainekrieges, die hohe Inflation sowie ein verändertes, zunehmend unberechenbares politisches Umfeld besonders herausgefordert haben, ist der Vertrauensverlust in weiten Teilen hausgemacht.

Unsere politische Kommunikation war oft zu komplex, hat die Gefühle und Lebenslagen der Menschen nicht erreicht und wurde zu oft als PR verstanden – nicht als Dialog. Organisation und Parteikultur blieben hinter unseren eigenen Ansprüchen zurück. - Wichtige Strategien und Programme, die auf eine Bearbeitung und Gestaltung der Transformation gesetzt haben - und die es beispielsweise mit dem Netzausbau, der Fachkräftesicherung oder der Planungsbeschleunigung gab - wurden zu spät oder zu selten spürbar.

Es ist entscheidend, die Ursachen zu verstehen, um politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Ein „Weiter so“ kann und darf es nicht geben. In einer Kommission aus externen Expert\*innen sowie Mitgliedern der Grundwertekommission und Mitgliedern des Parteivorstands haben wir deshalb einen Prozess gestartet, um die Ursachen für unseren Vertrauensverlust zu analysieren, und schlagen dem Parteitag hiermit einen konkreten Weg vor, um gemeinsam zu neuer Stärke zu finden und Vertrauen zurückzugewinnen.

Wir begreifen diese Krise als Wendepunkt. Wir wollen neu beginnen: mit einer klaren Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, mit organisatorischer Erneuerung und mit einer zugewandten und offenen Kommunikation auf Augenhöhe.

## **2.    Programmatistische Orientierung**

Unsere Antwort auf den programmatistischen Vertrauensverlust ist ein entschiedener Schritt weg vom kleinteiligen, zielgruppenspezifischen Politikangebot hin zu einem umfassenden transformativen Politikansatz mit einer sozialdemokratischen Vision. Wir verteidigen nicht den Status quo, sondern wir gestalten den Wandel aktiv - gemeinsam mit den Bürger\*innen. Unser Anspruch ist die Entwicklung eines überzeugenden sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurfes, der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im 21. Jahrhundert neu definiert.

Mit diesem Parteitag starten wir einen offenen, breit angelegten Prozess zur Erarbeitung unseres neuen Grundsatzprogramms. Dem Parteitag 2027 werden wir einen Programmentwurf vorlegen, der auf unseren zentralen Werten, Überzeugungen und politischen Leitlinien aufbaut. Er soll ein starkes Fundament für unsere tägliche Arbeit schaffen, übergeordnete Orientierung geben – nach innen wie außen – und neues Vertrauen schaffen. Die SPD soll mit ihrem Fortschrittsversprechen als treibende Kraft für eine freie, gerechte, solidarische und nachhaltige Zukunft erkennbar sein.

Bereits bis zum Ende der laufenden Wahlperiode werden wir in der Bundesregierung dafür sorgen, dass sich spürbar etwas im Leben der Menschen verbessert. Durch die Sicherung vieler zentraler Ministerien haben wir die Chance in der Regierung endlich strukturelle Ungerechtigkeiten und lange bestehende Probleme auch als Juniorpartner anzugehen.

Für uns als SPD ist gesellschaftlicher Wandel keine Aneinanderreihung von Ereignissen, die über die Menschen hereinbrechen und diese verunsichern. Wandel ist eine gemeinsame Gestaltungsaufgabe, die unsererseits mit einem Höchstmaß an Zusammenhalt der Gesellschaft verbunden werden muss. Unsere Grundwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – sind die Leitplanken für diese Sicherheit im Wandel.

Gleichzeitig darf die programmatische Arbeit der SPD sich nicht in der konstruktiven Begleitung von Regierungspolitik erschöpfen. Verlässliche Arbeit in einer Regierungskoalition schließt die Entwicklung eines klar erkennbaren inhaltlichen Profils nicht aus. Mit guter Regierungsarbeit auf der einen Seite und der Erarbeitung neuer programmatischer Grundsätze auf der anderen Seite wollen wir uns neues Vertrauen erarbeiten und politische Anziehungskraft zurückgewinnen.

In zentralen Themenbereichen wie Rente und Alterssicherung, Wohnungsmarkt und Mieten, Gleichstellung, Verteilungsgerechtigkeit, Klimaschutz oder Migration erwarten die Bürger\*innen positive Veränderungen – glauben aber nicht mehr an die Problemlösungsfähigkeit der Politik. Es kommt deshalb darauf an, die Handlungsfähigkeit unserer Demokratie unter Beweis zu stellen und Perspektiven für die Zukunft zu geben.

Solidarität und Zusammenhalt werden in der Kommune, im Betrieb und durch direkte Begegnung erfahrbar. Gerade in Zeiten einer fortschreitenden Individualisierung brauchen wir kollektive, identitätsstiftende Räume, in denen über Politik und die gemeinsame Gestaltung des Gemeinwesens gesprochen werden kann. Doch sie stehen unter massivem Finanzierungsdruck: öffentliche Bibliotheken, Schwimmbäder, Sportanlagen, Schulen, Jugendzentren, Begegnungstätten. Die erforderliche Abstimmung zwischen den politischen Ebenen und die gemeinsame Entwicklung inhaltlicher Positionen muss künftig unter intensiverer Einbeziehung von Kommunalpolitiker\*innen erfolgen.

Auch 35 Jahre nach der Deutschen Einheit bestehen strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West fort. Viele Menschen im Osten erleben, dass ihr Lebensweg, ihre Arbeit und ihre Biografien nicht die gleiche Anerkennung erfahren. Das Vertrauen in die demokratische Politik leidet dort, wo strukturelle Benachteiligung, geringere Löhne und eingeschränkte Teilhabeerfahrungen zu Frustration führen. Die SPD erkennt diese Realität an – und sie handelt. Wir setzen uns für faire Löhne, armutsfeste Renten und einen gerechteren Vermögensaufbau auch in Ostdeutschland ein. Die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse bleibt für uns zentrales Ziel.

Demokratie muss für die Menschen eine Staats- und Lebensform sein, die sich in mehr als der Stimmabgabe bei demokratischen Wahlen zeigt. Wer Demokratie als selbstwirksame, kollektive Organisation des Zusammenlebens und des Ausgleichs von Interessen und Perspektiven in Bildungseinrichtungen und Betrieben ebenso wie in kommunalen Beteiligungsformaten wie Bürgerräten und Bürgerhaushalten erlebt, wird im tiefsten Herzen von ihr überzeugt sein und sie auch gegen ihre Feinde verteidigen.

Wir stehen für Aufstieg durch Bildung, für eine gerechte Transformation der Arbeitswelt, für bezahlbares Wohnen, eine humane Migrationspolitik, konsequenten Klimaschutz, einen handlungsfähigen Staat und starke öffentliche Daseinsvorsorge.

Die Wirtschaft und die Industrie unseres Landes befinden sich im größten Wandel seit Beginn der Industrialisierung. Rasante technische Entwicklungen und der globale Wettbewerb in einem zunehmend protektionistischen Klima fordern unsere Wirtschaft heraus. Deutschland soll auch in Zukunft ein starker Wirtschafts- und Industriestandort bleiben. Die Sozialdemokratie muss Strategien für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung entwickeln, von dem alle profitieren. Unser Ziel muss sein, gute Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen sowie die Wirtschaft so umzubauen, dass unsere Unternehmen gut für die Zukunft aufgestellt sind und Deutschland dabei klimaneutral wird. Wir stellen uns der Aufgabe, wachstumswirksame Zukunftsinvestitionen anzutreiben und den Unternehmen Planungssicherheit zu geben. Dabei behalten wir die fortlaufende Suche nach den Leitmärkten und Schlüsseltechnologien der Zukunft fest im Blick.

Die sogenannte „moderne Arbeitswelt“ stellt die Sozialdemokratie weiterhin vor große Herausforderungen, das zeigt nicht zuletzt die Debatte mit CDU/CSU während der Koalitionsverhandlungen zur Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Diese Entwicklung treffen uns besonders, da Arbeit, die zum Leben passt, sowie die Demokratisierung der Arbeitswelt durch mehr Mitbestimmung und Selbstbestimmung von Arbeitnehmer\*innen zu den Kernanliegen unseres historischen Auftrags gehören. Gemeinsam mit den Gewerkschaften müssen wir uns an jedem Tag aufs Neue fragen: Welche Arbeitsbedingungen wollen wir in Zukunft? Wie sehen faire, sichere und selbstbestimmte Arbeitsverhältnisse in Zeiten von Digitalisierung, Transformation und Globalisierung aus?

Der Sozialstaat, ein Kernstück sozialdemokratischer Politik, steht heute vor großen Herausforderungen. Demografischer Wandel, wachsende soziale Ungleichheit und strukturelle Veränderungen in der Arbeitswelt machen eine grundlegende Erneuerung notwendig. Die SPD muss sich dieser Realität stellen und ihre Konzepte weiterentwickeln. Ziel ist eine Altersvorsorge, die den Lebensstandard sichert, ein Gesundheitssystem, das Gerechtigkeit statt Zweiklassenversorgung schafft, und eine Pflege, die nicht zur finanziellen oder familiären Überforderung führt. Der Sozialstaat der Zukunft braucht mehr als punktuelle Reparaturen – er

braucht einen neuen Gestaltungswillen. Einen, der unserem Grundwert der Solidarität neue Geltung und Stärke verleiht und allen Menschen Sicherheit in einer sich wandelnden Welt gibt.

Prekäre Arbeit mit niedrigen Löhnen, erzwungener Teilzeitarbeit und unterbrochenen Erwerbsbiografien führen zu Erwerbsarmut, Kinderarmut und Altersarmut. Dieser Armut muss unser Kampf gelten. Jeder Mensch hat das Recht, von seiner Hände Arbeit ein anständiges Leben zu führen und für seine Familie sorgen zu können. Wir stehen deshalb klar für einen auskömmlichen gesetzlichen Mindestlohn, für starke Tariflöhne und ausreichende ergänzende Leistungen für Familien und Kinder.

Die SPD steht für das Versprechen, dass Herkunft nicht über Zukunft entscheidet. Doch dieses Versprechen verliert an Glaubwürdigkeit, solange Bildungserfolg weiterhin eng mit sozialem Status verknüpft ist. Um als Sozialdemokratie relevant zu bleiben, müssen wir Bildungspolitik neu denken: gerechter, durchlässiger und moderner. Im 21. Jahrhundert muss Chancengleichheit bedeuten, dass jedes Kind – unabhängig vom Elternhaus – Zugang zu exzellenter frühkindlicher Bildung, gut ausgestatteten Schulen und echten Aufstiegsmöglichkeiten hat. Die SPD steht am Anfang eines notwendigen Erneuerungsprozesses, in dem Bildungspolitik nicht als Verwaltung von Mangel, sondern als Investition in die Zukunft verstanden wird.

Eng mit der Chancenungleichheit verbunden ist die Ungleichverteilung von Vermögen. Eine Gesellschaft, in der einige Wenige überproportional viel besitzen, während für viele andere der soziale Aufstieg versperrt bleibt, widerspricht dem sozialdemokratischen Versprechen von Gerechtigkeit und Teilhabe. Die Sozialdemokratie darf sich mit dieser Situation nicht abfinden. Die eklatante Ungleichverteilung von Vermögen untergräbt nicht nur das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt – und wird so zur Herausforderung für unsere Demokratie selbst. Die SPD muss daher stets das Ziel verfolgen, diese hohe Ungleichheit zu reduzieren. Dazu braucht es einerseits Haltung– und andererseits den Anspruch sowie eine klare Strategie, um wirksamen Lösungen auch wirklich umzusetzen.

Bezahlbares Wohnen darf kein Luxusgut sein. Mit der zunehmenden Vermögensungleichheit geht auch das große Problem des bezahlbaren Wohnraums für viele Menschen in unserem Land einher. Wohnimmobilien sind längst Spekulationsobjekte. Dadurch steigen die Mieten stetig und bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Hier braucht es dringend langfristige Maßnahmen, um die Mietpreisspirale zu durchbrechen. Gleichzeitig wird für Normalverdiener\*innen der Erwerb von Wohneigentum immer unerreichbarer. Auch hier sind gezielte Instrumente notwendig, um insbesondere Menschen ohne Erbschaften oder Vermögen den Zugang zu Eigentum und damit zu Vermögensaufbau zu ermöglichen.

Auch im Bereich der Gleichstellung müssen konkrete Fortschritte erzielt werden – jenseits symbolischer Debatten. Wir wollen Parität in Parlamenten und Führungspositionen in Wirtschaft und Politik, wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und

Männer. Der Schutz vor männlicher, frauenfeindlicher Gewalt ebenso wie die Selbstbestimmung der Frau, ist für die SPD nicht verhandelbar. Die intensiven Debatten im Wahlkampf und während der Koalitionsverhandlungen zum § 218 StGB machen es zu unserer Aufgabe, darum zu kämpfen, dass gesellschaftliche Mehrheiten politische Mehrheiten möglich machen. Unsere Verfassung gibt uns die Pflicht, politische Schritte zu benennen, echte Gleichstellung in jedem Bereich unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens tatsächlich voranbringen.

Die SPD steht für eine offene und vielfältige Gesellschaft. Es ist wichtiger denn je, dass wir die Chancen von Migration in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatten rücken und ein positives und realistisches Bild einer offenen Einwanderungsgesellschaft zeichnen. Dazu gehört aufzuzeigen, mit welchen Mitteln Integration gelingen, Teilhabe gefördert und der gesellschaftliche Zusammenhalt gesichert werden kann. Die immer weiter um sich greifende Abwertung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer sexuellen Identität ist menschenfeindlich, zerstört gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährdet unsere Demokratie. Wir weisen jede Form der Diskriminierung zurück.

Seit mehr als 160 Jahren ist die SPD eine internationalistische Partei, die für Solidarität und gleiche Chancen für alle Menschen und alle Völker steht. Doch die allgemeinen Menschenrechte und das internationale Völkerrecht geraten immer wieder unter Druck. Wir wollen in einer Welt leben, in der friedliche Beziehungen durch Kooperation und gegenseitigen Respekt entstehen. Die großen Herausforderungen unserer Zeit – wie der Klimawandel und andere globale Krisen können nur gelöst werden, wenn Staaten und Völker zusammenarbeiten. Ohne gemeinsames Handeln wird es keine nachhaltigen Antworten geben. Die allgemeinen Menschenrechte und das internationale Völkerrecht sind Maßstab und Fundament jeglicher internationalen Zusammenarbeit.

Seit mehr als 160 Jahren ist die SPD vor allem auch das Bollwerk gegen Faschismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Darauf konnten und können sich die Menschen auch weiter verlassen. Wir verteidigen die freiheitliche Demokratie durch einen starken Rechtsstaat, politischer Bildung, demokratische Teilhabe und die Unterstützung der Zivilgesellschaft.

### **3. Organisationspolitik konsequent umsetzen**

Die Erneuerung der Partei steht und fällt mit unserer Organisation und Kultur. Wir wollen eine Partei sein, die glaubwürdig das lebt, was sie nach außen verspricht: Demokratische Mitbestimmung, transparente Entscheidungs- und Diskussionsprozesse und eine Kultur der Wertschätzung sind dafür Grundvoraussetzungen.

Mit dem organisationspolitischen Leitantrag O1 hat der letzte ordentliche Bundesparteitag im Dezember 2023 konkrete und präzise Vorgaben hinsichtlich der Ziele und Schritte einer organisationspolitischen Erneuerung beschlossen. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen und beschleunigen.

Auf Grundlage des Wahlergebnisses hat der Parteivorstand einen eigenen Antrag erarbeitet, der dem Parteitag zur Beratung vorliegt. Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Arbeitsstruktur zu entwickeln, in der die Umsetzung gemeinsam mit den Landesverbänden und Bezirken gesteuert wird – um so auch regionalspezifische Strategien zu ermöglichen.

Die Art und Weise, wie wir zuhören, auftreten und gemeinsam an der Zukunft arbeiten, ist kein Mittel zum Zweck – sie ist bereits Ausdruck unserer neuen politischen Kultur. Echte Erneuerung beginnt nicht mit einer Umfrage, sondern mit einem Besuch. Nicht mit einem Leitantrag, sondern mit einem offenen Ohr in der Mittagspause einer Pflegekraft, am Tisch einer Dorfgemeinschaft, in der Halle eines mittelständischen Betriebs. Sie beginnt dort, wo gemeinsam Resonanz erlebt wird, Widerspruch ausgehalten, Vertrauen gewagt und Zugehörigkeit neu verhandelt wird.

Als Beteiligungspartei wissen wir: Politische Konzepte entstehen nicht isoliert in Parteigremien, sondern werden gemeinsam aus den Erfahrungen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort heraus entwickelt.

Funktionierende Ortsvereine sind das Rückgrat unserer Parteiorganisation. Gerade in Zeiten zunehmender Individualisierung sind Kommunen entscheidende Orte demokratischer Teilhabe - sie stiften Gemeinschaft, ermöglichen Identifikation und machen Politik konkret erfahrbar. Hier entsteht die Wirksamkeit sozialdemokratischer Politik. Wir dürfen jedoch die ehrenamtliche Parteiorganisation nicht überfordern. Sinkende Mitgliederzahlen und nicht vorhandene Mitglieder in vielen Dörfern setzen dem Gestaltungswillen und der Wirksamkeit unserer Ortsvereine vor Ort - gerade in Ostdeutschland - klare Grenzen. Deshalb müssen die Unterbezirke und Gemeindeverbände einer neuen größeren Verantwortung gerecht werden. Sie müssen niederschwellige Angebote machen, um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Sie müssen mit Abgeordneten aller Ebenen und den Fraktionen in den Kreistagen Netzwerke organisieren, die den Input der Bürger\*innen verarbeiten und in politische Prozesse einspeisen können.

Der Kern unserer Beteiligung am Grundsatzprogramm liegt in der direkten, persönlichen Kommunikation: im Zuhören, im gemeinsamen Nachdenken über politischen Notwendigkeiten und konkrete Herausforderungen - und im Mitwirken an Lösungen. Dieser Prozess entspringt dem Lokalen und der Community. Er verbindet programmatische Erneuerung mit einer Stärkung unserer Basis und der SPD als Bewegungspartei – im Netz, stark vor Ort, offen für Allianzen mit Gewerkschaften, Verbänden und der Zivilgesellschaft.



Wir müssen vor diesem Hintergrund weiter an unserem organischen und intellektuellen Umfeld arbeiten, uns für kulturelle und wissenschaftliche Diskurse öffnen, wie es in Ansätzen in der makroökonomischen Community von Wissenschaft und Journalismus gelungen ist. Das ist eine Herausforderung auf allen Organisationsebenen in das Netzwerk mit NGO's, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften zu investieren, welches brüchig geworden ist.

Immer wieder schaffen es starke Kandidat\*innen aus unseren Reihen bei Bundes-, Landtags- oder Kommunalwahlen starke Netzwerke zu bilden, echte Beteiligung zu ermöglichen, ein stabiles Umfeld vor Ort zu entwickeln und damit erfolgreiche sozialdemokratische Politik zu machen. Wir wollen diese Erfolge stärker in den Blickpunkt nehmen und analysieren, durch welche Faktoren und Maßnahmen diese Erfolge möglich werden.

## **4. Kommunikation neu denken**

Unsere Zeit ist geprägt von tiefgreifenden Veränderungen, von Unsicherheiten – aber auch von neuen Chancen. Inmitten dieser Umbrüche steht unsere politische Kommunikation vor einer entscheidenden Aufgabe: Sie muss Orientierung geben, Vertrauen schaffen und aktiv einbinden.

Um als politische Kraft relevant zu bleiben, dürfen wir nicht nur senden – wir müssen zuhören und in den Dialog auf Augenhöhe treten. An den Orten, an denen Kommunikation stattfindet: im digitalen Raum ebenso wie im direkten Gespräch.

Unsere Sprache muss klar und verständlich sein. Wir dürfen uns nicht hinter Floskeln verstecken, sondern aufrichtig und transparent kommunizieren. Offene, zugewandte und authentische Kommunikation ist die Grundlage für gegenseitige Wertschätzung.

Denn: Politik beginnt mit dem Wort – und das Wort prägt das Bild, das Menschen von uns haben. Unsere Kommunikation soll nicht Spiegelstriche aufzählen, sondern in begreiflichen Zukunftsbildern sprechen. Es geht um alltagstaugliche Begriffe und emotionale Ansprachen, die unsere Politik für Menschen nachvollziehbar macht und motiviert. Die geistigen Quellen unserer Geschichte – Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit – sind dabei nicht Vergangenheit, sondern lebendige Grundlagen für eine zukunftsgerichtete und glaubwürdige Kommunikation. Wer Orientierung geben will, muss Haltung zeigen und sie nach außen tragen – durch werteorientierte Kommunikation.

Unsere Sprache wird künftig nicht nur von Menschen gestaltet, sondern zunehmend auch von Werkzeugen wie Text-KI, automatischer Übersetzung und generativer Bildsprache unterstützt. Um glaubwürdig zu bleiben, brauchen wir klare Richtlinien für den Einsatz dieser Technologien – mit einem Verzicht auf synthetische Irreführung und einem Bekenntnis zu Transparenz bei KI-generierten Inhalten.



Dafür braucht es auch eine eng abgestimmte, strategische Zusammenarbeit zwischen Regierung, Fraktion und Partei. Klarheit und Einheitlichkeit bei den Botschaften erhöht die Durchschlagskraft – besonders im digitalen Raum, wo viele Stimmen gleichzeitig um Aufmerksamkeit ringen. Klare Rollen und gemeinsam abgestimmte Ziele machen politische Kommunikation nachvollziehbar und wirksam. Unsere Kommunikation muss dann beides verbinden: konkrete politische Erfolge sichtbar machen und unsere Ziele erkennbar im Fokus behalten.

Starke Kommunikation ist keine Einbahnstraße. Die besten Ideen entstehen im Miteinander. Unsere Mitglieder sind nicht nur Adressat\*innen – sie sind Mitgestalter\*innen politischer Kommunikation. Wir wollen Kompetenzen parteiübergreifend erkennen, fördern und aktivieren. Co-Kreation soll keine bedarfsorientierte Ausnahme sein, sondern gelebte Praxis. Denn was wirklich gebraucht wird, entsteht im Dialog – durch Beteiligung.

Weil unsere Mitglieder unseren wichtigsten Kommunikator\*innen sind, wird die Parteischule noch gezielter in dezentrale Schulungen investieren, damit alle, die wollen, mit klarer Haltung, guten Werkzeugen und fundiertem Wissen öffentlich auftreten können – egal ob im Netz, im Betrieb oder in der Nachbarschaft.

Wir müssen ergebnisoffen diskutieren, wie in diesem Zusammenhang der Vorwärts, der viele Jahrzehnte unseren Mitgliedern mit Hintergrundinformationen und Argumenten geholfen hat, politische Debatten zu bestehen, so zukunftsweisend neu aufgestellt werden kann, damit er unseren vielen Kommunikator\*innen als Plattform „von Programm und Pixeln“ dienen kann.

Der digitale Wandel verändert die Logik, wo und wie gesellschaftliche Debatten geführt werden. Manche Themen finden neue Räume, andere werden verdrängt und verschwinden. Plattformen, Formate und Kommunikationskanäle verändern sich ständig. Deshalb müssen wir unsere digitale Kommunikation gezielt ausbauen und unsere Präsenz in den sozialen Medien stärken – vom Ortsverein bis zu bundesweiten Kampagnen. Durch den Ausbau unserer agilen Netzwerke wollen wir unsere Reichweite multiplizieren, um es wieder zu schaffen, eigene Sprachbilder zu entwickeln, zu verbreiten und sozialdemokratische Themen sichtbar zu machen.

Social Media ist dabei mehr als ein Verbreitungskanal – es ist Katalysator politischer Botschaften. Hier entsteht Sichtbarkeit. Hier entscheidet sich, ob Inhalte gehört, geteilt und weitergetragen werden. Deshalb entwickeln wir unsere digitalen Plattformen kontinuierlich weiter – im Rahmen unserer Digitalstrategie – und sorgen dafür, dass unsere Botschaften einheitlich kommuniziert, effektiv verbreitet und breit angewendet werden.

Kommunikation ist kein Selbstzweck, sondern ein Lernprozess. Was wir tun, muss Wirkung zeigen – und Wirkung muss messbar sein. Wir setzen auf Monitoring und datenbasierte Auswertung, um unsere Strategien adaptiv zu gestalten und flexibel weiterzuentwickeln.

Um den Anforderungen an eine agile Marke im digitalen Zeitalter gerecht zu werden, denken wir Kommunikation modular, kanalgerecht und lebendig. Wir bauen digitale Kompetenzen im gesamten Kommunikationshandwerk aus und entwickeln ein flexibles, zukunftsfähiges Corporate Design. Unsere Marke lebt – und mit ihr unsere Kommunikation.

Um diese neuen Herausforderungen strategisch zu bearbeiten, richtet die SPD eine Kommission „KI und politische Kommunikation“ ein, in der sie kurzfristig Antworten auf Maßnahmen gegen Desinformationen & Hass & Hetze gibt, eigene Strategie zu einem überzeugenderen Auftritt bei Social Media erarbeitet. Mittelfristig erarbeitet sie binnen zwölf Monaten Leitlinien für den ethischen, wirksamen und transparenten Einsatz von KI bei politischer Kommunikation – von Content Creation über Monitoring bis hin zu Desinformationsabwehr.

## 5. Fazit und Auftrag

Die SPD steht vor einer tiefgreifenden Erneuerung. Wir wollen sie aus der Mitte der Partei heraus gestalten – gemeinsam mit unserer Mitgliedschaft, mit unserem gesellschaftlichen Partner\*innen und mit den Bürger\*innen. Dieser Leitantrag ist der erste Schritt auf dem Weg zu neuer Stärke. Der Bundesparteitag beauftragt den Parteivorstand:

- Einen partizipativen Prozess zur Entwicklung eines Grundsatzprogramms zu starten,
- die Reform der Parteiorganisation entlang der beschriebenen Eckpunkte voranzutreiben,
- sowie eine neue Kommunikationsstrategie zu erarbeiten und mit den Gliederungen umzusetzen.

Wir wollen ein besseres Morgen. Der Kampf für die soziale Demokratie und eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft ist unsere Mission. Wir stehen weltweit vor der Frage, in welche Richtung sich unsere Gesellschaften entwickeln. Die Zeit, diese Auseinandersetzung anzunehmen, ist jetzt.

Veränderung beginnt mit uns. Zusammen.